Helvetische Bank
Die Bank für Unternehmer
Seefeldstrasse 215, 8008 Zürich
Tel. 044 204 56 00
www.helvetischebank.ch

Freitag, 20. August 2021 | Nr. 32/33 | 63. Jahrgang

AZA
CH-8600 Dübendorf
P.P. / Journal
Post CH AG
Retouren an: SVP, Lagerstrasse 14, 8600

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik
Freiheit, Selbstverantwortung, Föderalismus – SVP ist gefordert
Seite 2

Kanton Zürich
Vom Brexit zum Zrexit?
Seite 3

Aktuell
Neue Verbotsorgie: Privatgärtner sollen jäten, jäten, jäten
Seite 4–5

Parlamentsgemeinden
Schulpflegerin Silvia Weigold im Interview
Seite 6

Veranstaltungs-Tipp
Luxus-Sozis in den Städten 28. August
Seite 8

REFORM DER INTERNATIONALEN UNTERNEHMENSBESTEUERUNG

Die Schweiz im globalen Unternehmenssteuerwettbewerb

Die Vorschläge der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) für eine Reform der internationalen Unternehmensbesteuerung fordern den Schweizer Wirtschaftsstandort einmal mehr heraus. Die Schweiz verfügt jedoch über die nötigen Voraussetzungen, um ihren Wohlstand auch in Zukunft zu sichern.

Auch künftig soll ein gesunder Steuerwettbewerb möglich sein und die Spielregeln hierzu sollen wie bei einer Regatta für alle gleich sein. Bild Pixabay

Die jüngsten Entwicklungen im Bereich der internationalen Unternehmensbesteuerung lassen aufhorchen. Mit dem OECD-Projekt für eine Reform der Unternehmensbesteuerung soll der internationale Steuerwettbewerb teilweise ausgehebelt werden. Einerseits sollen die Gewinne der weltweit rund 100 grössten Unternehmen zugunsten grosser Marktstaaten umverteilt werden. Davon wären etwa eine Handvoll Schweizer Unternehmen betroffen. Andererseits soll eine globale Mindestbesteuerung von mindestens 15 Prozent für Unternehmen mit einem jährlichen Umsatz von mindestens 750 Millionen Euro eingeführt werden. Diese Umsatzschwelle erreichen rund 200 Schweizer Unternehmen sowie viele Schweizer Tochtergesellschaften ausländischer Konzerne.

Grosse Bedenken, aber …

Meine Meinung dazu ist klar: Ursprünglich war das OECD-Projekt lanciert worden, um sicherzustellen, dass auch hochdigitalisierte Konzerne wie bspw. Google oder Amazon ihren Anteil am Steueraufkommen bezahlen. Soweit so gut. Mit der Zeit hat sich der Fokus des Projekts jedoch erweitert und hinzugekommen ist eine globale Mindestbesteuerung für alle grossen Unternehmen. Diese globale Mindestbesteuerung geht für mich in die falsche Richtung, weil sie sich einseitig zugunsten grosser Hochsteuerländer auswirkt. Gerade auch im Zuge der Coronapandemie müssen nachhaltiges Wachstum und Innovation gefördert werden, um so Wohlstand und Arbeitsplätze langfristig zu sichern. Eine höhere Steuerbelastung für grosse Unternehmen steht diesem Ziel entgegen.

Ebenso klar ist aber auch, dass viele, vorwiegend grosse Staaten im Lichte rekordhoher Defizite händeringend nach neuen Einnahmequellen suchen. Diese Staaten haben für den Fall des Scheiterns des OECD-Projekts bereits unilaterale Digital- und Mindeststeuern angekündigt.

Ein solcher Wirrwarr einzelstaatlicher Massnahmen würde aber der exportorientierten Schweizer Wirtschaft letztlich mehr schaden als eine einheitliche OECD-Regelung. Zudem würde ein Abseitsstehen dazu führen, dass die Schweiz zugunsten des Auslands auf Steuereinnahmen verzichtet. Deshalb hat die Schweiz trotz grosser Bedenken die publizierten Eckwerte der OECD anerkannt, gleichzeitig aber auch inhaltliche Bedingungen angebracht. Diese Bedingungen habe ich in einem Gespräch mit OECD-Generalsekretär Mathias Cormann im Juli dieses Jahres nochmals klar dargelegt:

1. Die Regeln müssen eine angemessene Umsetzungsfrist vorsehen und so demokratische, nationale Prozesse respektieren. Anschliessend müssen sie von allen Ländern gleich angewendet werden, damit die betroffenen Unternehmen die nötige Rechtssicherheit haben.
2. Die Regeln müssen einen gesunden Steuerwettbewerb weiterhin erlauben.

Schweizer Stärken sind gefragt

Ob und wann die OECD-Regeln verabschiedet werden, ist derzeit offen. Wir tun aber gut daran, uns auf einen teilweisen Wegfall des Unternehmenssteuerwettbewerbs vorzubereiten. Das Eidgenössische Finanzdepartement arbeitet deshalb bereits heute zusammen mit weiteren Departementen und unter Einbezug der Kantone, Städte, Wirtschaft und Wissenschaft an einem entsprechenden Reformplan.

Nebst dem Faktor Unternehmenssteuern sind weitere Standortfaktoren wie Sicherheit und Stabilität, ein hoher Ausbildungsstandard sowie hohe Behördenqualität wichtig. Hier ist die Schweiz nach wie vor sehr gut positioniert und es gilt, diese Stärken weiter auszubauen.

Auch die im Parlament bereits verabschiedete Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital, gegen die das Referendum ergriffen wurde, ist geeignet, den Standort Schweiz zu stärken. Dies gilt ebenso für die Abschaffung der Verrechnungssteuer auf Zinsen, die derzeit im Parlament beraten wird. Darüber hinaus sehe ich Handlungsspielraum etwa bei der Förderung von Forschung und Entwicklung, beim Zugang zu Arbeitskräften und ganz generell beim Abbau bürokratischer Hürden.

Der langen Rede kurzer Sinn: Die Schweiz ist einmal mehr gefordert, ihre gute Position im internationalen Standortwettbewerb zu verteidigen und damit ihren Wohlstand zu sichern. Ich bin überzeugt, dass dies gelingt, wenn wir unsere Stärken ausbauen und die dazu notwendigen Reformen entschlossen an die Hand nehmen.

Bundesrat Ueli Maurer
Vorsteher Eidgenössisches Finanzdepartement

Delegiertenversammlung
mit Abendunterhaltung!

Wo: Im Zelt am SVP-Schiessen in Weiningen

Wann: Samstag, 4. September 2021

SVP-Schiessen bis 18.00 Uhr
Türöffnung der DV 17.00 Uhr

Delegiertenversammlung mit Benjamin Fischer, Therese Schläpfer, Bruno Walliser und vielen mehr

Ghackets mit Hörnli, feine Desserts

Ca. 20.15 Uhr geselliger Parteiabend mit Chanelle und Fredy Schär, bekannt vom Arosa Humorfestival

Anmeldung erwünscht unter:
svpzh.ch/dv

SCHWEIZER QUALITÄT SVP
SVP des Kantons Zürich, 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch

Christoph Mörgeli

Schlechte Spaltung, gute Spaltung

Die einzige 1.-August-Rede mit nationaler Wirkung stammt vom Tessiner Ständerat Marco Chiesa. Der Präsident der SVP Schweiz prangerte den Umstand an, dass die «Luxus-Linken» in den Städten den Bewohnern der Landschaft und der Agglomerationen zunehmend vorschreiben würden, was sie zu denken, wie sie zu leben haben und womit sie sich fortbewegen wollen. Dabei würden die rot-grünen Bevormunder wenig zum Wohlstand beitragen, diesen aber umso lieber verteilen und konsumieren.

Bundesrätin Simonetta Sommaruga (SP) reagierte unmittelbar danach gegenüber den Medien mit der energischen Warnung vor einer Spaltung: «Die Stärke der Schweiz war immer der Zusammenhalt.» Diesen hehren Satz äusserte sie auf dem «Frauenrütli», wo die Kämpferin gegen die Spaltung auch dies sagte: «Es ist Zeit geworden, dass die Frauen das Rütli erobern.» Tatsächlich hatten die Organisatorinnen zuvor folgendermassen zur Bundesfeier geladen: «Am 1. August 2021 wird die Rütliwiese ganz in Frauenhand sein.»

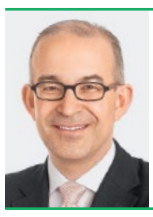
Die grösste Minderheit der Schweiz wurde vom Rütli ausdrücklich ausgeschlossen und diskriminiert. Die grösste Minderheit der Schweiz sind nicht die Romands. Auch nicht die SVP-Wähler. Und auch nicht die Kosovaren. Die grösste Minderheit der Schweiz sind die Männer. Nämlich mit einem Anteil von 49,6 Prozent. Die Männer waren am Fest unerwünscht.

Alle reden von Inklusion. Doch am schärfsten ziehen die Trennung zwischen den Geschlechtern die Feministinnen. Mehr Spaltung ist gar nicht möglich. Dieser Spalt zwischen Männern und Frauen trennte nicht nur die Stadt vom Land, die deutsche von der romanischen Schweiz, die Inländer von den Ausländern. Diese Spaltung zwischen Frauen und Männern ging quer durch die Familien, quer durch die Partnerschaften. Es sei denn, es handle sich um queere Partnerschaften – von Frauen. Durch ihre Teilnahme verlieh Simonetta Sommaruga der geschlechtergetrennten Bundesfeier ihren Segen. Ihr verzuckertes Geflöte über den Zusammenhalt tönt falsch. Sommarugas Süssholz ist in Wirklichkeit Spaltholz.

ZÜRCHER NATIONALRÄTE ZIEHEN HALBZEITBILANZ DER LAUFENDEN LEGISLATUR

Freiheit, Selbstverantwortung, Föderalismus: SVP ist gefordert

Zwei Faktoren haben die politische Welt in den vergangenen zwei Jahren auf den Kopf gestellt: Die Corona-Pandemie und die – zum Glück wieder abebbende – grüne Welle.

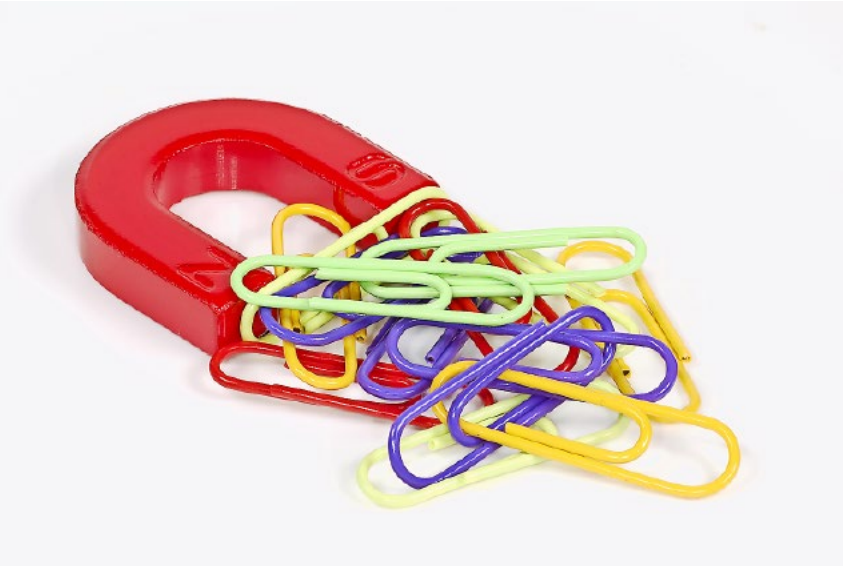


Gregor Rutz,
Nationalrat SVP, Mitglied SPK-N/KVF-N, Zürich

Aus staatspolitischer Sicht gibt es trotz linkem Vormarsch im Parlament kleine Lichtblicke zu vermelden. Bemerkenswert ist namentlich, dass der Bundesrat die aussichtslosen Verhandlungen zum institutionellen Rahmenabkommen abgebrochen hat. Ebenso wichtig ist die Erkenntnis, dass internationale Verträge nicht nur rechtliche Auswirkungen auf Bundesebene mit sich bringen, sondern auch die Kompetenzordnung zwischen Bund und Kantonen beeinflussen. So hätte das Beihilfenrecht der EU – welches die Schweiz mit dem InstA hätte übernehmen müssen – nicht nur die Stellung der Kantonalbanken infrage gestellt, sondern auch direkten Einfluss auf den öffentlichen Wohnungsbau, Programme zur Tourismus- und Wirtschaftsförderung oder die kommunale Kulturpolitik gehabt. Die Debatte, welche die Staatspolitische Kommission derzeit zum Staatsvertragsreferendum führt, hat diese Sicht der Dinge geschärft.

Kantone durch Staatsverträge entmachtet?

Die nächste Frage liegt bereits auf dem Tisch: Das Ansinnen der G7-Staaten, einen weltweiten Mindestsatz für Unternehmenssteuern einzuführen, betrifft primär die Kantone – denn in der Schweiz liegt die Kompetenz zur Erhebung von Steuern nicht beim Bund, sondern bei den Kantonen. Dass die OECD derartige Regeln nicht mehr beschliesst, sondern – um das Vetorecht zu umgehen – als Empfehlung veröffentlicht, spricht wiederum Bände über das Demokratieverständnis solcher Institutionen. Gleichzeitig merken Kleinstaaten, was das Unwort «soft law» wirklich zu bedeuten hat. Der UNO-Migrationspakt, den der Ständerat vorerst sistiert hat, ist eine weitere diesbezügliche Herausforderung.



Der Bund zieht wie ein Magnet immer mehr Kompetenzen an sich, während sich die Kantone unverständlicherweise kaum dagegen wehren. Die Bürokratie wuchert umso mehr. Bild Dreamstime

Die Migrationspolitik insgesamt und auch deren sozialpolitische Folgen sind nach wie vor höchst unbefriedigend. Trotzdem darf die SVP auch hier einzelne Erfolge verbuchen: Künftig darf auf Mobiltelefone von Migranten, die keine Ausweispapiere haben, zugegriffen werden. Zudem beschäftigt sich der Bundesrat mit den rechtlichen Schwachstellen der Ausschaffungspraxis. All dies dank stetem Druck der SVP. Dieser Druck ist auch künftig nötig, um unser bewährtes Staatssystem und unsere Rechtsordnung nicht weiter zu schwächen. Faktum ist: Der Bund zieht immer mehr Kompetenzen an sich, während sich die Kantone unverständlicherweise kaum dagegen wehren. Dass es Postfinance erlaubt werden soll, Kredite und Hypotheken zu vergeben, ist ebenso fragwürdig und falsch wie die Projekte des Bundesrats betreffend «Roadpricing». Hier sind die Exekutiven der Kantone ernsthaft gefordert.

Corona-Pandemie: zurück zur Normalität!

Wie wertvoll und stabil die schweizerische Staatsordnung ist, zeigt auch die Corona-Pandemie. Unser Land ist in Krisenzeiten trotz massiver Versäumnisse der Behörden besser aufgestellt als fast alle anderen Länder. Doch auch hier zeigt sich: Wehren sich Stimmbürger und Kantone nicht, wachsen die Bundeskompetenzen stetig. Anders formuliert: Wer meint, die Rückkehr zur Normalität und die Beendigung der besonderen Lage scheitere nur am EDI-Vorsteher, täuscht sich. Vielmehr ist erschreckend, wie sehr die Kantonsregierungen zögern, ihre Kompetenzen zurück zu erkämpfen. Sind sie gar froh darüber, dass der Bund für sie entscheidet und dafür auch Verantwortung übernimmt? Hier stellen sich ernsthafte staatspolitische Fragen. Auf Bundesebene ist diesbezüglich bereits eine Subkommission der Staatspolitischen Kommission an der Arbeit. Auf kantonaler Ebene muss die SVP den Ball noch aufnehmen.

Wichtiges Referendum gegen Medienförderung

All diese Debatten können nur geführt werden, wenn freie und unabhängige Medien die Vielfalt der Ansichten abbilden. Das Medienförderungspaket stellt dies infrage: Künftig will die Bundespolitik den Online-Bereich regulieren. Gleichzeitig sollen neue Subventionen in dreistelliger Millionenhöhe an die Redaktionen fliessen. So werden Medien herangezüchtet, die von staatlichen Geldern abhängen. Eine gefährliche Entwicklung für die Demokratie.

Fazit: Beharrlichkeit und steter Einsatz lohnen sich. Das Knüpfen von Koalitionen ist anspruchsvoll, aber zwingend, um Mehrheiten zu erreichen. Und zuletzt gilt die lapidare Feststellung: Auch wenn die SVP oft verliert – ohne SVP wäre alles noch viel schlimmer.

QR-Code scannen und Referendum unterschreiben:

FREUNDNACHBARSCHAFTLICHE SOMMERGRÜSSE

«Wir müssen darauf achten, dass die Stadt-Land-Balance gehalten wird»

Andrea Müller unterstreicht als kantonale SVP-Präsidentin von Schaffhausen selbstbewusst die Standorttrümpfe ihrer Heimat. Einer davon ist Innovationskraft. Gross geworden ist sie in der Stadt Zürich und weiss: Unser Wohlstand kommt nicht von nichts.

Worüber freut sich die kantonale SVP-Präsidentin mit Blick auf den Kanton Schaffhausen derzeit am meisten?

Ich sage immer: Schaffhausen, klein aber fein, ist die Perle unter den Kantonen. Wir haben extrem viel zu bieten. Tolle ländlich geprägte Gegenden, wo «work-live-Balance» nicht nur ein Slogan ist, bezahlbaren Wohnraum, Arbeitsplätzte bei weltweit bekannten Grossunternehmen, gute Infrastruktur für Familien wie auch für Singles! Die wunderschöne Altstadt – es lohnt sich einfach, mal durch die schönen Gassen zu flanieren und einen Stopp in einem der hübschen Strassencafés zu machen.

Wenn die anderen Kantone wüssten, was wir alles zu bieten haben.

Und was verursacht Sorgenfalten?

Wir müssen darauf achten, dass die Stadt-Land-Balance gehalten wird. Die städtische Bevölkerung hat andere Vorstellungen, auch politisch, das ist ok, aber die ländliche Bevölkerung darf nicht bevormundet werden.

Der Kanton Schaffhausen schaffte vor nicht allzu langer Zeit den finanziellen Turnaround. Wie ist das gelungen?

Dies ist der guten Arbeit unsere SVP-Regierungsrätin Cornelia Stamm Hurter zu verdanken. Sie macht seit vier Jahren einen hervorragenden Job als Finanzministerin.

Du kennst die Stadt Zürich sehr genau, denn Du bist in Oerlikon als Tochter eines Käsers mit Milchlädeli aufgewachsen und standest früh am Tresen. Wie kann es wieder besser gelingen, den Stadtbewohnern Gedankengut der SVP näher zu bringen?

Immer wieder darüber sprechen, wieso es uns heute so gut geht. Unser Wohlstand kommt nicht von nichts. Eigenständigkeit und Wachstum gehen in der Schweiz traditionell Hand in Hand. Dafür haben unsere Vorfahren hart gearbeitet, dafür setzt sich die SVP schon seit Jahrzenten ein. Man muss die Jungen noch mehr für die Politik begeistern, ihnen dann aber auch Gehör geben. Jeder SVPler hat eine Vorbildfunktion, macht was draus!

Nun arbeitest Du seit über 15 Jahren in einem landwirtschaftlichen Betrieb und in wenigen Wochen werdet ihr die erste landwirtschaftliche Biogastankstelle in der Schweiz eröffnen. Wie lautet Dein Credo mit Blick auf wirtschaftsverträgliche Nachhaltigkeit?

Die Biogastankstelle ist das letzte Bindeglied unseres Gesamtprojektes Biogasanlage. Einerseits produzieren wir ja seit bald sechs Jahren Strom, der ins Netz geliefert wird und daneben noch das Nebenprodukt Abwärme, welches wir in den eigenen Wärmeverbund einspeisen.

Mit der Abwärme beliefern wir über 250 Wohneinheiten, ein Schulhaus und drei Gewerbebetriebe das ganze Jahr mit Wärme für Heizungen und Warmwasser. Die Biogasanlage wird nur mit Mist, Gülle und anderen Abfallstoffen «gefüttert» – aus Abfall wird Energie! Mit der neuen Biogastankstelle veredeln wir einen Teil des Methangases zu Biogas mit Erdgasqualität. Dieses kann bei allen Erdgasfahrzeugen als Treibstoff eingesetzt werden. Auch hier möchten wir unsere Betriebskreisläuft schliessen und mittelfristig alle Fahrzeuge auf Biogas umstellen. Alle diese Projekte werden wirtschaftlich betrieben und müssen dem Markt standhalten.

Es erfordert viel Mut, solche Investitionen zu tätigen, bei denen die Gesetzgebung immer einen Schritt hinterherhinkt, aber es lohnt sich – für die Betriebe und die Umwelt. Übrigens: würde man allen Pferdemist der Schweiz in Biogasanlagen vergären, könnte damit ein AKW ersetzt werden.

Ob im Stall oder in der Haute Couture – Andrea Müller fühlt sich beruflich an vielen Orten zu Hause.

Von der Maschinenbau- zur Modezeichnerin und weiter

Aufgewachsen in der Stadt Zürich, 2003 wegen der Liebe nach Thayngen gezogen, verheiratet, drei Kinder. Hobbies: Familie, Politik, Wandern und Skifahren, Kadetten Schaffhausen (Handball).

Beruflicher Werdegang: Maschinenzeichnerin, Handelsschule, 1997 Textil- und Modefachschule Ausbildung zur Textilkauffrau. Danach von Max Mara über Hugo Boss auf dem Landwirtschafts- und Energiebetrieb Unterbuck gelandet (www.unterbuck.ch). 2005–2010 Ausbildung zur eidg. dipl. Bäuerin HFP. Politik: seit 2012 Aktuarin der SVP Thayngen, seit 2017 Gemeinderätin, 2021 Wahl in den Kantonsrat SH und seit Mai 2021 Kantonalpräsidentin SH, 2019–2020 CAS Weiterbildung für Politik

SOMMERFERIEN UND COVID-MASSNAHMEN

Nicht nur wer reist, kann was erzählen …

Die Mitglieder des Kantonsrates weilen noch in den Sommerferien, erhalten auch ohne Sitzungen die neue monatliche Grundentschädigung und eine Mandatspauschale von über 1600 Franken und freuen sich mehr oder minder auf den Wiederbeginn des Ratsbetriebes. Vorneweg, der Schreibende ist in den Sommerferien in Zürich geblieben und hat gearbeitet …

Lorenz Habicher
Kantonsrat SVP
Zürich

Nordspanien, Südfrankreich, auf der Britischen oder anderen Inseln, im Mittelmeer oder an der Nordsee: Gemäss gesicherten Informationen und den sozialen Medien haben sich auch die Mitglieder des Zürcher Kantonsrates europaweit vom Polit-Stress, der heimischen Sondergesetzgebung und den COVID-Massnahmen erholt. Pardon, so einfach ist es natürlich nicht! Jedes Land kennt seine eigene, besondere Lösung mit oder ohne Anmeldeformular, mit 3G-Pass und je nach Gebiet, Region und epidemiologischer Lage, Verbote und Sperrzeiten, Quarantäneanordnungen und damit verbundener frühzeitiger Rückreise … Als Schweizer Medien von Tanzverbot und verschärften Massnahmen auf Mykonos berichteten, habe ich ganz andere Bilder und Videos von einem dort tanzenden und feiernden Bekannten erhalten.

Gesunde und Kranke

Entschuldigen Sie die Realsatire … aber die Gesellschaft driftet heute auseinander – NEIN – sie wird von politischen Aktivisten und den Medien vorsätzlich gespalten. Sauber getrennt in zwei Gruppen; Gesunde und Kranke! Gesunde arbeiten und gehen ihren Verpflichtungen nach, feiern und geniessen das Leben. Kranke bleiben zu Hause, begeben sich in die angebrachten (wenn nötig) Behandlungen und Institutionen und lassen sich gesund pflegen. Die Impffrage ist hier fehl am Platz, denn beide Gruppen beinhalten Geimpfte und Ungeimpfte und keine ist solidarisch schuld an der Situation der anderen. Oder?

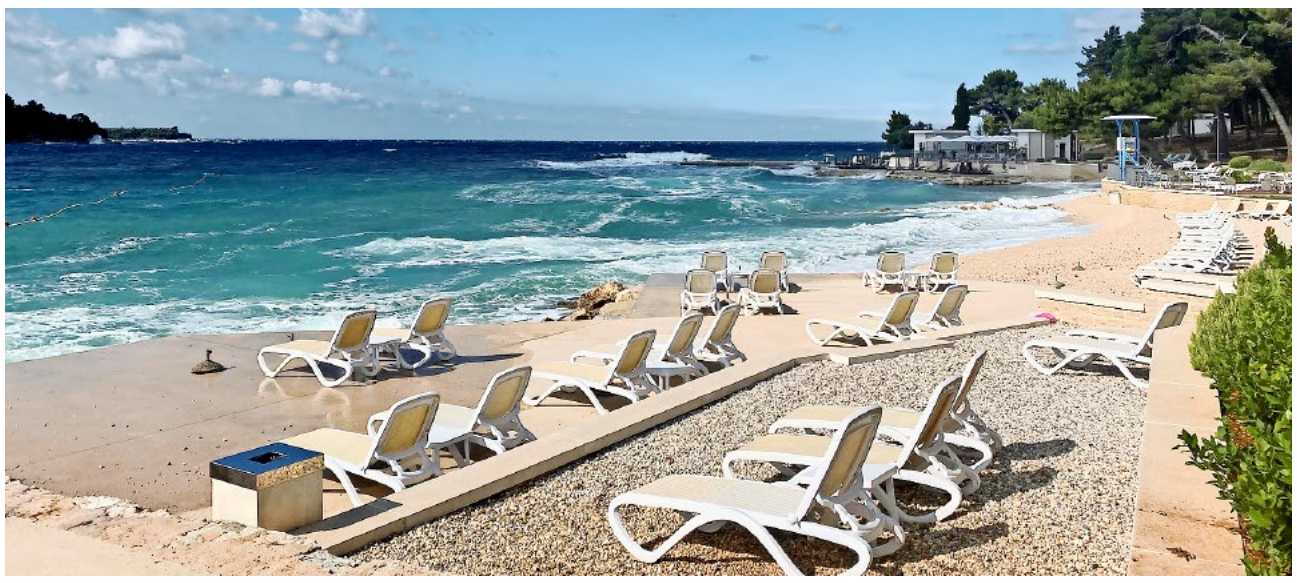
Für unsere Gesellschaft, mit Rechten und Pflichten, sind es Menschen und nicht Seuchenträger (Spreader). Menschen, die mit Respekt und Anstand behandelt werden wollen, die frei über ihren Körper bestimmen, eine eigene Meinung haben und auch Ferien im In- und Ausland machen sollen!

Eigenverantwortung

Es ist an der Zeit, die staatliche Bevormundung zu beenden und Verantwortung zu tragen – Jeder Einzelne konnte es vor März 2020 und kann es heute 18 Monate später auch … Eigenverantwortung für sein Tun und Handeln, ein respektvolles, menschliches Miteinander und weniger Angst vor dem Leben. Ja, es wird weitere Mutationen geben, bei virologischen Erkrankungen ist das normal.

Die Gesellschaft wird es überleben, wenn sie sich nicht entzweien, sich nicht spalten lässt. Wir können mit der Grippe leben und wir werden lernen, mit Corona zu leben. Zum Abschluss noch ein Denkanstoss an alle «Möchtegern»-Wissenschaftler, die beim Lesen dieser Zeilen in Kurzatmigkeit und Wut verfallen sind: Wissenschaftliche, medizinische Tests kennen immer zwei Gruppen, um zu einem aussagekräftigen Ergebnis zu kommen, die Testgruppe und die Kontrollgruppe! Wenn Bundesrat, BAG und Task-Force von kommenden und vergangenen Wellen berichten, dann sind es Informationen, Vorschläge zum Umgang mit dem Leben und Sterben …

Denken Sie darüber nach und bleiben Sie gesund!



Ferien am Meer – in Eigenverantwortung. Bild Marlies Pfister

SVP-POLITIKER BESUCHEN KUNSTAUSSTELLUNG

Symbiose von Kunst und Zinn von RiMo

Das Verständnis für Kunst und Kultur wird der SVP gerne einmal abgesprochen. Sind SVP-Politiker doch weniger an den aus Staatsgeldern finanzierten und von Fachstellen orchestrierten Vernissagen für die «Cüpli-Elite» zu finden. Im Quartier, beim lokalen Gewerbe, fühlen sie sich sichtlich wohler. Unsäglich, dass der grosse Tages-Anzeiger-Konzern die Publikation des entsprechenden Vernissagen-Inserates einfach vergessen hatte …

Die beiden SVP-Kantonsräte Christian Mettler und Lorenz Habicher fanden jedoch auch bei widrigen Umständen (Gewitter) den Weg an die Vernissage im Zinn-Atelier der H.A. Rapold AG in Zürich Albisrieden. Die kreativen Zeichnungen und Malerei von Richi Schawalder, veredelt mit Zinnelementen von Monika Rapold, fanden solch guten Zuspruch bei den SVP-Politikern, dass sie ganz spontan zwei Bilder in der ersten Stunde der Vernissage kauften.

Für die Zukunft, damit sie den nächsten Anlass der lokalen Künstler nicht verpassen, beachten sie «SnArt by RiMo», es ist eine richtige Freude und ein Erlebnis für Jung und Alt.

Kantonsrat Lorenz Habicher, Künstlerin Monika Rapold, Kantonsrat Christian Mettler und Künstler Richi Schawalder im Zinn-Atelier in Albisrieden (von links).
Text und Bild Lorenz Habicher, Zürich

INSERAT

Die Justizkommission des Kantonsrates sucht ein

Ersatzmitglied für das Verwaltungsgericht (SVP)

für den Rest der Amtsdauer 2019-2025

Das Verwaltungsgericht ist oberste kantonale Gerichtsinstanz im Bereich des Verwaltungsrechts. Es hat sowohl kantonales Recht als auch grosse Teile des Bundesverwaltungsrechts anzuwenden. Das Verwaltungsgericht ist insbesondere zuständig für Streitigkeiten betreffend Raumplanungs-, Bau- und Umweltschutzrecht, Enteignungsrecht, Steuerrecht, Kausalabgaberecht, Personalrecht, Fürsorgewesen, Gesundheitswesen, Submissionswesen, Ausländerrecht, Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht, Massnahmen nach Gewaltschutzgesetz, Straf- und Massnahmenvollzug, Administrativmassnahmen im Strassenverkehr, Polizeirecht.

Anforderungen
- Vertiefte Kenntnisse im Verwaltungsverfahrensrecht und durch Praxis oder wissenschaftliche Tätigkeit erworbene Spezialkenntnisse in mindestens einem Gebiet des besonderen Verwaltungsrechts
- Mehrjährige Tätigkeit in einer Verwaltung, an einem Verwaltungsgericht oder einer Vorinstanz oder Anwaltstätigkeit mit Schwerpunkt öffentliches Recht
- Stimmberechtigung im Kanton Zürich
- Einwandfreier Leumund

Die jährliche Besoldung richtet sich nach dem Beschluss des Kantonsrates über die Festsetzung der Besoldung der Mitglieder und Ersatzmitglieder des Verwaltungsgerichts vom 7. Juli 1997 (LS 175.22).

Umfassende Informationen zum Verwaltungsgericht finden Sie im Internet unter https://vgr.zh.ch/internet/verwaltungsgericht/de/home.html. Weitere Auskünfte erteilt Ihnen die Sekretärin der Justizkommission, lic.iur. Katrin Meyer, unter 043 259 20 67.

Interessiert?
Dann freuen wir uns auf Ihre elektronische Bewerbung mit einem aktuellen Strafregisterauszug und einer Wohnsitzbestätigung bis zum **29. August 2021.**

WORTE DES STELLVERTRETENDEN PARTEISEKRETÄRS

Vom Brexit zum Zrexit?

Die Stadt Zürich, so wissen wir es aus den Geschichtsbüchern, erreichte ihre heutige geografische Ausdehnung durch zwei Eingemeindungen.

1893 schlossen sich elf Nachbargemeinden – der damalige «innere» Agglomerationsgürtel – der wachsenden Metropole an. 1934 erreichte das Territorium der Stadt mit dem Beitritt von Oerlikon, Schwamendingen, Seebach, Altstetten, Albisrieden, Höngg und Wipkingen die aktuelle Grösse. Die im Zuge der zweiten Eingemeindung entstandenen Quartiere sind bevölkerungsreich, weisen insgesamt eine gute Durchmischung von Wohn- und Arbeitsflächen auf – und der Anteil bürgerlicher Wähler ist vergleichsweise hoch.

Die Einwände der Eingemeindungsgegner haben auch bald hundert Jahre nach der Abstimmung Gültigkeit.

Doch wie gut werden die Bedürfnisse und Stimmen dieser Stadtkreise aufgenommen bzw. gehört? Der Föderalismus ist auf dem Stadtgebiet institutionell kaum entwickelt. Gewiss, es gibt die Quartiervereine. Doch deren Einflussmöglichkeiten sind letztlich beschränkt. Auch ein Quartiermehr analog zum Ständemehr gibt es nicht (wobei das Gemeinde- bzw. Bezirksmehr auf Kantonsebene ja ebenfalls nicht existiert). Man darf mit Fug und Recht behaupten, dass ein Quartier wie das 26 000 Einwohner zählende Seebach als eigenständige Gemeinde – ob mit oder ohne eigenes Parlament – politisch deutlich bürgerlicher unterwegs wäre als unter der gegenwärtigen Fuchtel.

Mit anderen Worten: Das Stadthaus-Regime mit rot-grüner Exekutive und Legislative könnte uns nicht permanent am zentralistischen Gängelband herumdirigieren. Wir hätten so viel unmittelbareren Einfluss darauf, wie hoch unser Steuerfuss sein soll, wie aufgebläht oder schlank unsere Verwaltung sein soll, was und wie viel wir für Kultur ausgeben wollen und wo überall Tempo 30 tatsächlich sinnvoll ist.

Wozu brauchen die bevölkerungsreichen, wirtschaftlich florierenden Aussenquartiere eigentlich die Stadt als politisches Gebilde? Ich finde nichts. Schulhäuser und Hallenbäder sind auch in den souveränen Nachbargemeinden bestens in Schuss, viele Bus- und Tramlinien (Limmattal- und Glattalbahn) enden längst nicht mehr an der Stadtgrenze.

Das Gedankenspiel, dass einzelne Stadtquartiere mit dem Slogan «Zrexit» ihre Unabhängigkeit zurückfordern, ist natürlich (vorderhand) als Provokation und Weckruf gedacht. Eines aber steht fest: Im kommenden Februar hat es die bürgerlich orientierte Stadtbevölkerung in Zürich und auch in Winterthur in der Hand, den überbordenden links-grünen Anmassungen Einhalt zu gebieten. Es ist nötiger denn je.

von Thomas Ammann

6. Grillplausch mit der SVP Zumikon

Die SVP Zumikon lädt zum politischen Grillplausch ein. Wurst, Brot und Getränke sind offeriert! Als Gastredner dürfen wir dieses Mal Gregor Rutz, Zürcher SVP Nationalrat, begrüssen, der zum Thema "Einsatz für Freiheit und Selbstverantwortung - wichtiger denn je!" sprechen wird.

"Strubenwies"
Feuerstelle oberhalb des Golfplatzes
Weid 9, 8126 Zumikon

Samstag 28. August 2021 ab 11:00 Uhr
Achtung: nur bei gutem Wetter!

Anmeldung bis spätestens Montag 23. August an: gerard.olivary@bluewin.ch.

99%-INITIATIVE

Rechtsungleiche Besteuerung im Namen der Gleichheit

Die 99%-Initiative, über welche auf eidgenössicher Ebene am 26. September abgestimmt wird, hält nicht, was sie verspricht. Wer Kapitaleinkommen im Namen der Gleichheit stärker besteuert als Arbeitseinkommen, handelt diskriminierend.

Artur Terekhov
MLaw
SVP Oberengstringen

«Kapitaleinkommensanteile über einem durch das Gesetz festgelegten Betrag sind im Umfang von 150 Prozent steuerbar.» So lautet die in Art. 127a Abs. 1 nBV vorgesehene, deutliche Forderung der linken, überparteilichen 99%-Initiative, über die schon bald gesamtschweizerisch abgestimmt wird. Dass in Absatz 2 des Initiativtextes der steuerliche Mehrertrag noch explizit für Transferzahlungen oder soziale Wohlfahrt zweckgebunden wird, ist da fast nur noch das i-Tüpfelchen.

Die Juso-Initiative erinnert – wie vieles aus dem links-grünen Lager – an Orwells Farm der Tiere. Bild Pixabay

Einige Tiere sind gleicher als andere …

Interessant ist zunächst, mit welcher Selbstverständlichkeit das linke Initiativkomitee eine Verfassungsvorschrift erlassen möchte, die in eklatantem Widerspruch zum aktuellen System der rechtsgleichen Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit steht, das ebenso Verfassungsrang hat (Art. 127 Abs. 2 BV). Rein juristisch ist zwar klar, dass die neue, spezifischere Norm im Zweifelsfall vorginge (Vorrang der lex specialis wie auch der lex posterior). Trotzdem stellt sich die Frage, warum ausgerechnet die Linke, die im Zweifel Gleichheit vor Freiheit stellt, hier einen offenkundigen Angriff auf die Rechtsgleichheit startet, die klarerweise auch und gerade im Bereich der Besteuerung gilt. Eine vernünftige Erklärung gibt es nur, wenn man endlich anerkennt, dass – ganz nach Orwell – im Sozialismus einige Tiere «halt» gleicher sind als andere.

Vorliegend ist es der «böse» Kapitalist, der für sein «müheloses» Kapitaleinkommen gefälligst bestraft werden und höhere Steuern bezahlen soll als der Lohnarbeiter, das Proletariat, das sich endlich international gegen die Bourgeoisie vereinigen sollte. Auf diesem Weltbild basiert letztlich die Unterscheidung des Initiativtextes, die im schweizerischen Steuerrecht neu explizit zwischen Arbeits- und Kapitaleinkommen differenzieren möchte. Dass dadurch mit vollem Vorsatz eine Ungleichbehandlung verschiedener Einkommensarten billigend in Kauf genommen wird, ist offenkundig. Und dies, obschon ebenso offenkundig ist, dass jemand, der CHF 100 000 aus Aktiendividenden erhält, wirtschaftlich nicht leistungsfähiger ist als eine Person mit einem Jahreslohn von CHF 100 000 aus einem Anstellungsverhältnis. Letztere arbeitet aber viel härter als der böse Kapitalist, lautet dann das linke Argument, um eine rechtsungleiche Besteuerung zu rechtfertigen.

Eigentum bedeutet Arbeit

Abgesehen davon, dass die Art, wie jemand sein Geld verdient, auch moralisch betrachtet kaum ein Grund für eine klare Diskriminierung sein kann, steht zudem fest, dass die Annahmen der linken Initianten auch an der ökonomischen Realität vorbeigehen.

Jemand, der sein Geld durch die Vermietung eigener Immobilien verdient (Kapitaleinkommen/Vermögensertrag), liegt nicht faul rum, sondern ist genauso mit dem Vermietungsgeschäft beschäftigt wie jemand, der als Verwalter für einen Dritten Immobilien vermietet und dafür Lohn erhält (Arbeitseinkommen). Auch der Inhaber einer AG oder GmbH, der seine gesamten Einkünfte aus Dividenden bezieht (Kapitaleinkommen), liegt nicht allein deswegen auf der faulen Haut rum, weil er darauf verzichtet, sich von der eigenen Firma anstellen zu lassen und Lohn zu beziehen (Arbeitseinkommen). Dass in linken Initiativkomitees oftmals Leute ohne allzu ausgeprägten Bezug zur Privatwirtschaft sitzen, mag zwar eine Erklärung, aber keine Entschuldigung für realitätsfremde Annahmen sein. Neben dem Hauptstudium auch mal einen Blick in ein wirtschaftswissenschaftliches Lehrbuch zu werfen, würde den Blick bisweilen bereits in wertvoller Weise schärfen.

LESERBRIEF

Drittstaat Schweiz

Seit dem Scheitern des Rahmenvertrages ist in Brüssel der Teufel los. Jedes Mittel ist der EU recht, unserem Land zu schaden. Nun will sie die besten Wissenschaftler der Schweiz in die EU locken. Ich pflege einen regen Kontakt mit zwei deutschen Wissenschaftlern für Chemie und Physik, beide in Pension. Ihre Meinung: Auch sie schütteln den Kopf über solche Entscheidungen, die Schweiz aus dem EU-Forschungsprogramm Horizon auszuschliessen. Beide nennen das «denn sie wissen nicht, was sie tun».

Die Schweiz gehört dazu ohne Wenn und Aber. Die Arbeiten von Schweizer Forscherinnen und Forschern sind weltweit bekannt. Viele Wissenschaftler aus der EU sind in der Schweiz tätig. Hier bietet man ihnen Möglichkeiten, sich zu entwickeln und gesteckte Ziele zu erreichen. Auch die Anerkennung ist gross. Aber Achtung: Die Schweiz darf sich nie mit der gewünschten Kohäsionsmilliarde ins Programm einkaufen. Gibt man der EU den kleinen Finger, ist beim nächsten Deal die Hand weg. Herr Hengartner, ETH-Ratspräsident: Ihre z.T. negative Einstellung im Interview mit dem Zürcher Unterländer zum Thema verstehen auch wir nicht. Die Schweiz ist doch nicht das fünfte Rad am Wagen. Zusammen mit Ihrem Bundesrat werden Sie bestimmt das gewünschte Ziel erreichen. Sie wissen doch, wie der Karren läuft. Wie beurteilen Schweizer Wissenschaftler diese Situation?

Richard Schmid, Niederglatt

GEPLANTER RADWEG ZWISCHEN BISIKON UND UNTER-ILLNAU

Am Prinzip Privateigentum wird gesägt

Als Grundeigentümer hat man in der heutigen Zeit einen schweren Stand. Die gesetzlichen Bestimmungen lassen den Behörden in der Umnutzung der Flächen freie Hand ohne jegliches Mitspracherecht durch den Grundeigentümer. Anhand des nachfolgenden aktuellen Falles wird dies einmal mehr verdeutlicht.

Ueli Kuhn
Vorstand SVP Kanton Zürich
Illnau-Effretikon

Die Stadt Illnau-Effretikon plant die Lückenschliessung des Radwegs zwischen Bisikon und Unter-Illnau. Die favorisierte Variante des Stadtrates führt entlang des Naturschutzgebietes Örmis, parallel zur Bisikoner-/Hauptstrasse. Durch diese Variante müssen beidseitig der Strasse u.a. Fruchtfolgeflächen, welche vom Kanton zu prioritären Potenzial-Flächen für Moorergänzungsflächen (PFF-Flächen) eingezont wurden und gemäss Naturschutz von uns Landwirten nicht aufgewertet werden dürfen (ein ebensolches Aufwertungsprojekt wurde vom Naturschutz abgelehnt), herhalten. D.h., eine landwirtschaftliche Aufwertung ist nicht möglich, um die Moorergänzungsflächen zu schützen, die Umnutzung zu einem Radweg stattdessen schon. Zudem ist die geplante Variante mit Abstand die teuerste.

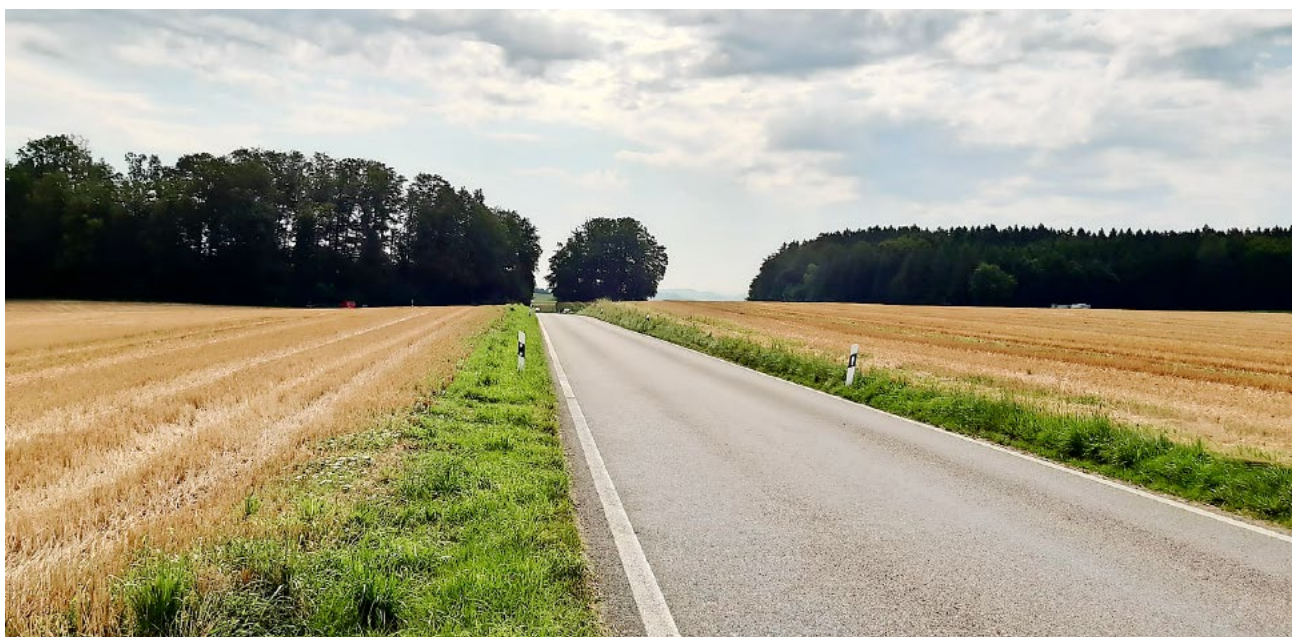
Sinnvolle Alternativen chancenlos

Folgende Alternativvarianten, welche um einiges kostengünstiger wären und lediglich einen Umbau von Kies- auf Asphaltwege (ohne Einschränkung des Strassenverkehrs) sowie einen kleinen Umweg für die Radfahrer bedeuten würde, wurden vom Stadtrat abgelehnt: Eine dieser Varianten würde entlang des Grendelbachs und zwischen Waldrand und Örmis führen. Eine weitere Variante würde auf der anderen Seite der Strasse am Waldrand entlangführen. Bei beiden Varianten wären die Radfahrer vom Autoverkehr geschützt. Die Umwege wären zumutbar. Die Bisikonerstrasse ist zudem ein Amphibienwandergebiet, welches im Frühjahr über Nacht für den Verkehr gesperrt wird. Dadurch müssten die Radfahrer während dieser Zeit sowieso über die Flurwege ausweichen. Neben dieser Ausgangs- resp. Sachlage bestünden somit mehrere Möglichkeiten, um die Radwegerschliessung zu realisieren, ohne dabei den Grundeigentümern u.a. Fruchtfolgeflächen abkaufen zu müssen und einen immensen Kostenaufwand zu betreiben.

Grundeigentümer soll Mitspracherecht haben

Mein Anliegen ist es, dem Grundeigentum wieder einen höheren Stellenwert zu geben und nicht die Entscheidungsmöglichkeiten oder Entwicklung der betroffenen Flächen zu verunmöglichen, indem eben diese aus dem Grundeigentum genommen und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. Auch wenn es keine Enteignungen im engeren Sinne, sondern Landkäufe sind, soll der Grundeigentümer ein Mitspracherecht haben und wenn er mit dem Vorschlag der Gemeinde nicht einverstanden ist, soll dies auch so akzeptiert werden. Im oben genannten Fall wurde lediglich eine Infoveranstaltung für die Grundeigentümer durchgeführt. Im Anschluss an diese Veranstaltung wurde das direkte Gespräch mit nur einer Partei geführt, die restlichen Parteien wurden von der Gemeinde auf unbestimmte Zeit vertröstet.

Wie oben beschrieben wurde eine Aufwertung des Landes durch die Landwirte vom Naturschutz abgelehnt. Als Begründung wurden die Moorergänzungsflächen genannt, offenbar wurde den Moorergänzungsflächen ein höherer Schutz zugestanden als der Fruchtfolgefläche. Unverständlich für mich, wie denn nun ein Radweg auf eben diesen Flächen gebaut werden soll. Der Schutz der Moorergänzungsfläche ist kein Thema mehr. Hier erwarte ich auch von der Fachstelle Naturschutz eine klare Haltung. Fruchtfolgeflächen, welche als Moorergänzungsflächen eingezont wurden, sollen stattdessen wiederum als Fruchtfolgeflächen an einer anderen Stelle kompensiert werden oder dann im Sinne der Natur aufgewertet, aber sicherlich nicht durch Strassenbauten zerstört werden – vor allem dann, wenn es sehr gute Alternativen gäbe. Auf der einen Seite wird vom Erhalt der Natur gesprochen, gleichzeitig werden den Städten solche Projekte ermöglicht. Für mich besteht ein riesiger Widerspruch, was die Aussagen der Behörden und die letztendliche Realisierung anbelangt.



Kulturland fällt dem Naturschutz und dem Radwegbau zum Opfer, trotz vorhandenen Alternativen!

MC SVP: SOMMERREISE AUGUST 2021 NACH LES DIABLERETS

Gendergerechte Aufgabenteilung

Das Gros der Truppe besammelte sich am Treffpunkt auf dem Bauernhof Herrendingen von Josephine in Eschenbach (LU). Zweiter Treffpunkt mit der Gruppe aus Zürich war in Heiligkreuz, hoch über Hasle im Entlebuch. Der nächste Stopp war Steffisburg bei Thun, wo Ruth als Organisatorin das Mittagessen eingeplant hat.

Das Wetter war herrlich und die ersten Kurven waren verheissungsvoll. Gendergerecht sind bei uns die Ehepaare so verteilt, dass die Herren immer ein bisschen älter sind als ihre Damen. Deshalb haben einzelne Frauen beschlossen, nicht mehr auf dem Soziusplatz ihres Gefährten zu sitzen, sondern ein eigenes Damenprogramm zu absolvieren, welches den Pässe-Fahrten ohne Weiteres ebenbürtig war.

Sie fuhren gemeinsam im BMW-Cabrio von Waltraud und besuchten diverse Orte auf dem Weg nach Les Diablerets.

Brasserie 98 in Steffisburg

Die Gastgeberfamilie Linder bewirten regelmässig die Parlamentarier der SVP in ihrem Hause. Eine weitere Überraschung war dann der Besuch des vormaligen Präsidenten der SVP Schweiz, Nationalrat Dr. Albert Rösti, der nach dem Mittagessen bei uns auftauchte und die Motorradfahrergemeinschaft mit seinen pointierten Aussagen zur gegenwärtigen politischen Lage in der Schweiz beglückte.

Les Diablerets

Nach dieser freudigen Überraschung und dem Dessert sowie dem wachhaltenden Espresso, zog die Motorrad-Karawane auf der vorgegebenen Route weiter nach Les Diablerets.

Eurotel Viktoria heisst der mondäne Bau, welcher für unsere rund zwei duzend Motorräder in der Garage Platz hatte. Auch die Zimmer waren gross, gepflegt und mit Balkonen versehen, von denen man das schöne Bergpanorama und die Wasserfälle sehen konnte. Vom Hotelvorplatz aus sah man die Gondeln der Seilbahn auf den Col de la Croix, den wir ebenfalls besuchten.

Emil Grabherr
Präsident MC SVP, Weggis

Eine Verschnaufpause ist auch den heissen Öfen während des Zvierihalts gegönnt.

Gute Laune im Keller des Restaurants Brasserie in Steffisburg.

Nächste Anlässe MC SVP

12. September (So) 4. Ausfahrt
Ziel: Nordschweiz (Schaffhausen und Umgebung) **Treffpunkt:** 09.00 Raststätte Kemptthal, Abfahrt 09.30 (bei ordentlichem Wetter; Auskunft: 079 404 02 40)
Ausweichdatum: 19. September
16. Oktober (Sa) 16. MC Schlussfest
Restaurant Hochwacht (sofern die Pandemieregeln das Treffen zulassen)
Apéro 19.00; Nachtessen 19.30 (Auskunft: 044 984 02 55)
Das Schlussfest in der Hochwacht ist reserviert!

VOLKSABSTIMMUNG OFFENBAR OHNE EINFLUSS

Herbizide für Privatgärtner: Neue Verbieter-Verordnung

Die linksgrüne Küche von Bundesrätin Sommaruga hat nach dem deutlichen Nein zur Trinkwasser- und Pestizidinitiative bereits zum nächsten Schlag ausgeholt. In einer Verordnung fordert sie das praktisch komplette Pestizidverbot von Pflanzenschutzmitteln für private Kleingärtner.

Reinhard Wegelin
alt Parteisekretär
Pfäffikon

Laut NZZ am Sonntag werden 2023 strengere Zulassungskriterien für Pflanzenschutzmittel für Private fällig. Das betrifft auch viele Gärten, Parks und Freizeitanlagen. Die Revision der Pflanzenschutzmittelverordnung würde gemäss Bundesamt für Umwelt (Bafu) ca. 65 Prozent der derzeit auf dem Markt befindlichen Pflanzenschutzmittel für nichtberufliche Verwendungen verbieten, so die NZZ am Sonntag.

Massive Einschränkung

Fachleute sind sich einig. Das ist eine massive Einschränkung auf dem Verordnungsweg. Dass im Grundsatz die Gesundheit der Bevölkerung und die Gewässer zu schützen sind, ist sicher unbestritten. Einzelne Massnahmen im «Verordnungspaket Umwelt Frühling 2022» bezeichnete beispielsweise die SVP in der Vernehmlassung aber als «rein politisch motivierter Populismus». Gewisse Massnahmen scheinen mit Blick auf andere Chemikalien völlig willkürlich (zum Beispiel Algenschutzmittel für Schwimmbäder, Chlortabletten für Privatschwimmbäder oder auch Autoscheibenreiniger).

Umgehungsmöglichkeiten

Auch die FDP erachtete übrigens diese Massnahmen in der Vernehmlassung als «weder notwendig noch angemessen». Denn der Schutz sei für Herbizide ebenso wie für andere Pflanzenschutzmittel bereits durch die Gefahreneinstufung der Produkte sowie durch die neu eingeführten praxisgerechten Anforderungen an die Produkte für die nicht berufliche Verwendung, insbesondere bezüglich Volumen, Dosierbarkeit und Flächenvorgaben, gewährleistet. Ein absolutes Verbot sei auch im Vergleich zu Regulierungen im europäischen Umfeld nicht verhältnismässig. Hinzu kommt, dass im nicht beruflichen Bereich die Umgehungsmöglichkeiten eines Verbotes sehr einfach wären (Einkauf im nahgelegenen Ausland, Arbeit durch professionelle Gärtner etc.). Hier fehlt wahrlich eine gewisse Logik der Verbieter-Verordnung.

Als Kleingärtner sollst Du gefälligst jäten! So will es die neue Pflanzenschutzmittelverordnung. Bild Pixabay

Bürger-Bevormundung

Die neue Sommaruga-Verordnung ist ein weiteres Beispiel, wie die Exekutive versucht, Volksentscheide zu missachten. Die Verordnung hätte nach der Volksabstimmung über die Pestizidinitiative zurückgezogen werden müssen. Sie duftet nach Bevormundung des Bürgers. Er soll gefälligst jäten, ist die Meinung der Berner Bürokraten. das sind linke Erziehungsregeln, wie das Bestreben, das Auto ganz aus dem städtischen Raum zu entfernen. Schliesslich zeigt das Beispiel, wie wenig heute die Eigenverantwortung des Bürgers und Bewohners dieses Landes noch zählt.

SVP EMBRACH

Bereit für die Gemeindewahlen 2022

Anlässlich der letzten Parteiversammlung wurden die Kandidatinnen und Kandidaten der SVP Embrach für die Gemeindewahlen 2022 nominiert: Für den Gemeinderat stellen sich Silvia Bosshard (bisher) und Christoph Wolleb (neu) zur Verfügung. «Obwohl der Gemeinderat von 7 auf 5 Mitglieder verkleinert wird, möchten wir aus einer Position der Stärke weiterhin mit zwei Mitgliedern antreten», meint der Leiter der Wahlkommission, Peter Oberhänsli. Für die Primarschulpflege setzt die Partei wieder auf die bisherigen Stefanie Huber und Natalie Frei. Für die Sekundarschulpflege kandidiert neu Nicole Stoller-Berbier, die Tochter des langjährigen Gemeindepräsidenten Albert Berbier. Für die Sozialbehörde tritt Stefan Frei nochmals an. Für die RPK stellen sich Ralph Weber (als Präsident) und Thomas Regli (als Mitglied) nochmals für eine weitere Amtsperiode zur Verfügung.

Vlnr: Nicole Stoller-Berbier, Natalie Frei, Ralph Weber, Christoph Wolleb, Silvia Bosshard, Stefanie Huber, Thomas Regli, Stefan Frei.

Mitgliederzuwachs

Die Kandidierenden werden sich weiterhin engagiert und motiviert in den entsprechenden Kommissionen und Arbeitsgruppen für das Wohl der Gemeinde Embrach einsetzen. Die SVP Embrach ist gut verankert in der Bevölkerung, was sich sowohl an der regen Teilnahme an der jährlichen Metzgete als auch in den Wahl- und Abstimmungsresultaten zeigt. So konnte die SVP in Embrach in den letzten Kantonsratswahlen sogar leicht zulegen. «Im Weiteren konnten wir im laufenden Jahr bereits 9 Neumitglieder gewinnen, was uns freut und sehr motiviert», ergänzt Peter Oberhänsli.

DANK ENGAGEMENT DER SVP

Gelungene Nationalfeier in Oetwil am See

Erstmals hat die SVP Oetwil den 1.-August-Anlass für die Gemeinde organisiert, nachdem dieser in den letzten Jahren etwas verblasst ist.

svp. Um ihm die würdige und angemessene Bedeutung wiederum zukommen zu lassen, wurden Zelt, Festwirtschaft, Musik, Rede und Höhenfeuer bei der Sportanlage ins Programm genommen.

Und es hat sich gelohnt, strömten doch rund 150 Personen (Familien, Jung und Alt) zum Festplatz. Die zahlreichen Helfer waren von Beginn an bis zu später oder früher Stunde gefordert. Die Begrüssung durch Parteipräsident Eugen Hunziker mit den Worten «Sieh vorwärts Werner und nicht zurück» aus dem Drama von Wilhelm Tell von Friedrich Schiller galt den Oetwilerinnen und Oetwilern wie auch Gästen von weiter her. Trotz diesen weisen Worten dürfe man aber auch am 730. Geburtstag der Schweiz wohl dieses hohe Alter würdigen und etwas Rückschau halten.

Dankbarkeit, Freiheit und Sicherheit

In ihrer Rede gab Kantonsrätin Nina Fehr Düsel ihrer Freude über den Auftritt in Oetwil Ausdruck. Sie streifte die Themen Dankbarkeit, Freiheit und Sicherheit. Konkret stellte sie echte Probleme den Schein-Problemen gegenüber und zog unter anderem den Schluss, dass der Bundesbrief auch heute hochaktuell sei. Schliesslich dankte sie den Anwesenden für ihren Einsatz und die Leistung zugunsten unseres Landes in Familie, Beruf, am Arbeitsplatz, in Behörden und wo auch immer. Anschliessend folgte eine Gesangs-Demonstration in nicht zu überbietender Intensität – sämtliche vier Strophen der Landeshymne wurden in beeindruckender Resonanz intoniert. Die gute Stimmung, unterbrochen durch Besichtigung des Höhenfeuers, zog sich wie ein roter Faden durch den Anlass.

Gute Stimmung im dicht gefüllten Festzelt.

SO NICHT, HERR RODRIGUEZ!

Petition gegen unverschämte Abgangsentschädigung

Die SVP der Stadt Zürich hat eine Petition zum Fall Rodriguez gestartet. Alle können sie unterzeichnen, der Wohnort Zürich ist nicht erforderlich. Wir fordern Herrn Rodriguez auf, auf die Abgangsentschädigung von 650 000 Franken für seinen selbstgewählten Rücktritt vom Amt des Schulpräsidenten zu verzichten.

SP-Schulpräsident Roberto Rodriguez (56) tritt freiwillig von seinem Amt im Stadtzürcher Schulkreis Uto zurück. Für seinen selbst gewählten Rücktritt kassiert er 650 000 Franken Abgangsentschädigung. Das entspricht dem 3,5-Fachen seines bisherigen Jahreslohns von 186 000 Franken. Viele KMU kämpfen wegen Corona ums nackte Überleben. Etliche Angestellte haben ihren Job verloren und werden von Existenzängsten gequält. Diese Abgangsentschädigung, die sich der SP-Schulpräsident genehmigt, ist ein Affront gegenüber allen, die hart für ihr Geld arbeiten müssen. Die Unterzeichner der Petition wollen diese SP-Abzocke stoppen.

Hier unterzeichnen:

Nationalrat zu Gast in Maur

Mitte Juli war es endlich wieder einmal so weit. Die SVP Maur konnte seit Langem wieder einen gemütlichen Grillplausch durchführen. Die Ansprachen von Nationalrat Bruno Walliser sowie Kantonsrat Hans-Peter Amrein brachten die Besucher politisch auf den neusten Stand. Beide waren sich einig: Das Vertreten unserer Ideale sowie unserer Gesinnung innerhalb der Gesellschaft ist eine fortlaufende Angelegenheit.

Fadegrad

von
Stefan Urech

Von Befürwortern zu Gegnern – und umgekehrt

Mit Slogans wie «Eine Bereicherung für das Quartier» oder «Keine Ausgrenzung von Schutzsuchenden!» warben die linken Parteien im Jahr 2017 für den Bau des Bundesasylzentrums im Kreis 5. Der Stadtrat selbst würdigte an seinem Projekt die tiefen Baukosten (27 Mio.) und versprach eine «ganzheitliche und qualifizierte Betreuung», die sich an der «Menschenwürde der Asylsuchenden» orientiere. Das von allen Parteien ausser der SVP hoch gepriesene Projekt fand bei den Stimmberechtigten denn auch eine Zustimmung von 70%. Die euphorische Haltung der Linken allerdings begann bald zu schwanken. Bereits zwei Wochen nach dessen Eröffnung las die Fraktion der Alternativen Liste (AL) im Gemeinderat eine Erklärung mit dem Titel «Für dieses Bundesasylzentrum hat es in Zürich keinen Platz» vor.

Die Asylsuchenden stünden unter «Schock», verkündete die AL. Nachdem sie aus dem Ausgang ins Zentrum zurückkehrten, würden sie kontrolliert, selbst Jugendliche. Eine neue WC-Rolle gäbe es erst, wenn man das gebrauchte «Kartonrügeli» zurückbringe. Auch beim Essen ginge der Bund rücksichtslos vor. So werde beispielsweise die Sauce ohne nachzufragen «über die Esswaren gekippt». Ein «menschenunwürdiges Gefängnis» sei das Zentrum, in dem die Asylsuchenden «drangsaliert» würden. Kurz darauf bezeichnete auch die SP in einer schriftlichen Anfrage an den Stadtrat das Zentrum als menschenunwürdig und monierte in ihrem Vorstoss verschiedene Punkte wie beispielsweise, dass die sexuelle Orientierung der Flüchtlinge bei der Zimmerzuweisung nicht berücksichtigt werde.

Zwei Jahre später folgten die linken Parteien gemeinsam mit einer weiteren Anfrage an den Stadtrat, in dem sie den Betrieb des Asylzentrums und insbesondere das Sicherheitspersonal abermals scharf kritisieren. Sie fordern darin, sämtliche Sicherheitskräfte in «interkultureller Kommunikation» zu schulen. Die Praxis, dass der «Besinnungsraum zu disziplinarischen Zwecken genutzt wird», müsse sofort gestoppt werden. Der Stein des Anstosses ist bei allen linken Stadtparteien der Fakt, dass das Zentrum nicht von der Stadt, sondern vom Bund betrieben wird. In der letzten Sitzung vor den Sommerferien 2021, also rund zwei Jahre nach der Eröffnung des Zentrums, reichten die AL und die Grünen einen Vorstoss für die «menschenwürdige Unterbringung von Asylsuchenden in der Stadt» ein, ansonsten fordern sie die «Auflösung des Asylzentrums auf Stadt Zürcher Boden».

Der Vorstoss geht allerdings nicht genauer darauf ein, wie die gewünschte «menschenwürdige Unterbringung» ihrer Meinung nach funktionieren sollte. Falls der Bund einknickt, würde das zürcherische Asylzentrum anders als alle anderen Schweizer Asylzentren betrieben werden. Es zeichnet sich ab, dass erneut um das Bundesasylzentrum mitten in der Stadt gestritten wird, aber dieses Mal wohl mit verstauschten Rollen.

VON A BIS Z MIT STEFAN DEUL

Wiedikon ist eine Tour wert

Als Kreisparteipräsident von Zürich 3 ist Stefan Deul ein Repräsentant für junge, bürgerliche Stadtturbos. In der politischen Arbeit auf dem nicht einfachen urbanen Pflaster hat er einen klaren Kompass.

Aufgabe: Ich bin seit 2019 Präsident der SVP Kreispartei 3. Organisiere mit dem Vorstand zusammen Vorstandssitzungen,Standaktionen, Mitgliederevents und die Listen der GR-, KR- und NR-Wahlen.
Bevormundung: Unsere schöne Schweiz ist unabhängig, dies soll auch so bleiben.
Critical Mass: Ich wäre für einen «Auto Mass» durch Zürich.
Deutsch und deutlich: Unser Parteiprogramm ist klar und deutlich definiert. Ein perfekter Leitfaden für unsere Gemeinden und Kantone, die SVP-Politik umzusetzen.
Energie: Wenn man politisch in der Stadt Zürich aktiv ist, braucht es eine Menge Energie. Durch den guten Zusammenhalt in den verschiedenen Stadtkreisen stemmen wir doch so einiges.Unser Motto: «Zusammen sind wir stark».
Feuer: Es gibt Wärme und Licht, man kann sich aber auch die Finger daran verbrennen.
Geburtstag: Geboren bin ich am 1. Juni 1989 in Zürich und lebe seither in dieser schönen Limmatstadt.
Halbwertszeit: Mitgliederschwund, Ausländeranteil
Impfung: Ich selbst bin geimpft. Ein kleiner Schritt Richtung Normalität. Ich habe dies nicht für andere gemacht, sondern für mich selbst. Es gibt mir eine gewisse Sicherheit und vereinfacht das Reisen und Bewegen im eigenen Land.
Jasager: Personen, die zu allem im Leben Ja sagen, überfordern sich irgendwann selbst. Einmal etwas kritisch zu betrachten oder abzulehnen, finde ich keine Schande, sondern es zeigt auch Stärke.
Karriere: Ich habe eine Ausbildung zum Elektriker gemacht. Danach machte ich eine Weiterbildung zum Avioniker und arbeitete einige Jahre in der Luftfahrt. Ich habe mich dann noch einmal entschlossen, eine andere Richtung einzuschlagen, und habe in die Aufzugswelt gewechselt, wo ich drei Jahre in der Technik und drei Jahre als Disponent tätig war. Jetzt arbeite ich als Aufzugskontrollexperte bei der Stadt Zürich.
Logik: Logik ist im heutigen Gemeinderat und Stadtrat nur noch sehr selten anzutreffen.
Mustergültig: Alles im Leben kann nicht perfekt laufen. Versuche, einfach immer mein bestes zu geben, dann kommts gut.
Norden: Nordosten gefällt mir besser. Es gibt wunderschöne Wander- und Skigebiete.
Optik: Ich gehe positiv durchs Leben. Steine, die auf meinem Weg liegen, versuche ich zu umgehen oder schaffe sie gleich beiseite.
Perfektion: Ich versuche, all meine Tätigkeiten immer mit 100%iger Perfektion zu erledigen. Verbesserungsvorschläge nehme ich jederzeit gerne entgegen, nur so kommt man weiter.
Quartier: Ich selber wohne seit meiner Geburt in Wiedikon. Es ist ein wunderschöner Stadtteil mitten in Zürich. Auch wenn die politische Lage schwierig ist, versuche ich mit unserer Kreispartei das Beste zu geben.
Reparatur: Wenn etwas in die Brüche geht, versuche ich, dies gleich wieder zu reparieren oder zu ersetzen.
Samstag: Wenn nicht eine politische Veranstaltung auf dem Tagesprogramm steht, gehe ich gerne in die Natur und geniesse den freien Tag.
Traum: Träume habe ich einige, doch verraten möchte ich keinen, ansonsten gehen sie ja nicht in Erfüllung.
Umfahrung: Es gibt Ziele, die erreicht man auf direktem Weg, andere auf Umwegen, was durchaus legitim ist, auch wenn das Ziel dadurch etwas später erreicht wird.
Vorbild: Ein Vorbild habe ich keines. Ich kenne viele Personen,die in unterschiedlichen Lebensabschnitten stehen, und hole mir Rat, wenn ich ihn brauche.
Wiedikon: Wiedikon bietet so einiges. Wer es nicht kennt, besucht es am besten selber einmal. Es ist eine Tour wert.
XXX-L: Grosses Format
Yale: Unser Land wird gut geschützt durch die Polizei und das Militär. Dies soll so bleiben.
Zugabe: Ideen, Vorschläge, Sachen usw. dürfen gerne wiederholt werden, wenn sie wirklich gut waren.

Stefan Deul vor dem Schweizer Berg der Berge.

Steckbrief: Stefan Deul ist beruflich Aufzugskontrollexperte der Stadt Zürich. In der Freizeit zieht es ihn in die Berge – mit Wanderschuhen oder Skiern. Er bereist aber auch gerne andere Länder dieser Welt. Er ist Mitglied im Organisationskomitee des Zürcher Limmatschwimmens.

INTERVIEW MIT SILVIA WEIGOLD

Für eine vom Volk getragene Volksschule

Unser künftiger Wohlstand hängt massgeblich von der Qualität unseres Schulwesens ab. Dazu leistet die Schulpflege in ihrer bestehenden Form einen wichtigen Beitrag. Als Schulpflegerin in Winterthur erläutert Silvia Weigold im Gespräch, warum die bewährte Institution so beibehalten werden soll.

«Wir haben eine Volksschule und diese sollte in den Quartieren verwurzelt sowie von der dortigen Bevölkerung getragen werden.»

Was führte Dich zur SVP?
Ich bin mit der SVP aufgewachsen – sie vertritt am ehesten meine Grundhaltung: bodenständig, konservativ und familienfreundlich. Eine gerade Linie liegt mir am Herzen und, dass man zu dem steht, was man vertritt und vorlebt; auch wenn man dadurch nicht nur Freunde gewinnt.

Von Haus aus bist Du Juristin. Inwiefern kommt Dir dieses Rüstzeug bei Deinem Engagement als Schulpflegerin zugute?
Meine Ausbildung als Juristin ist in der Schulpflege insofern nützlich, als ich Entscheide auf die Rechtmässigkeit prüfen kann. Viel mehr nützt mir jedoch meine zusätzliche Ausbildung als Mediatorin z.B. bei Konflikten zwischen Eltern und Lehrkräften, im Team oder in der Zusammenarbeit mit der Schulpflege.

Die Schulpflege hat die ganze Schule im Blick und führt mit strategischen Zielen. Das in der Ausbildung zur Juristin erlernte «vernetzte Denken» hilft dabei, die verschiedenen Ziele und Bedürfnisse im Auge zu behalten.

Welches sind die Hauptaufgaben als Schulpflegerin?
Mit Schulbesuchen erhalte ich einen Einblick in die Arbeit der Lehrkräfte in den Klassenzimmern mit den unterschiedlichsten Schülerinnen und Schülern. Bei der in der Vergangenheit durchgeführten Beurteilung der einzelnen Lehrkräfte zusammen mit der Schulleitung konnte ich auf die Qualität des Unterrichts Einfluss nehmen. Als Schulpflegerin habe ich auch im Rahmen der bis dato vorgeschriebenen jährlichen Schulbesuche die Möglichkeit, die Lehrpersonen bei ihrer nicht immer einfachen Aufgabe zu unterstützen. Wichtig ist auch, der täglichen Arbeit der Lehrkräfte wertschätzend gegenüberzutreten, was von diesen sehr geschätzt wird. Leider wurden die jährlichen Schulbesuche abgeschafft und somit geht die Nähe zum Schulbetrieb verloren. Neu ist auch bei den Beurteilungen der Lehrkräfte die Schulpflege nicht mehr aktiv vertreten, was wiederum zu mehr Distanz führt. An den Schulpflegesitzungen kann ich mit meinen Voten dazu beitragen, die Schule zu gestalten und auf die Zukunft auszurichten.

Was spricht Dich daran insbesondere an?
Das Zwischenmenschliche liegt mir besonders am Herzen; ich bin überzeugt, dass Lehrpersonen, welche sich unterstützt und verstanden fühlen sowie ab und zu auch gelobt werden, besser unterrichten. Davon profitieren wiederum die Kinder und Jugendlichen. Als Mutter von zwei schulpflichtigen Kindern ist es mir ein Anliegen, dass die Volksschule nach wie vor eine fundierte Grundausbildung vermittelt. Dabei gilt es aber auch, den technischen Fortschritt in die Schule zu integrieren und neue Formen des Lernens (E-Learning, Videounterricht etc.) anzuwenden. Die Schule und die Gesellschaft befinden sich stets im Wandel, dabei sollten die Schweizer Traditionen und Schweizer Geschichte trotzdem Platz haben im Unterricht.

Viele nehmen die (Volks-)Schule heute als eine Institution mit ausgeprägtem Linksdrall war. Wie kannst Du dieser Tendenz als SVP-Repräsentantin entgegentreten?
Das mit dem Linksdrall ist etwas zu einfach formuliert. Es trifft zu, dass Lehrpersonen eher «links» denken resp. das Gefühl haben, sich für die Schwächeren unserer Gesellschaft einsetzen zu müssen.

Die gesellschaftliche Entwicklung verlangt von den Lehren, dass sie sich zudem mit den unterschiedlichsten Kulturen zurechtfinden. Leider ist es aber auch so, dass in vielen vorgeschriebenen Lehrmitteln eher unausgewogene Meinungen vertreten werden, welche – abhängig von der jeweiligen Lehrperson – telquel übernommen werden. Als SVP-Frau kann ich dazu leider wenig bewirken, durch mein Auftreten und meine Präsenz kann ich aber dazu beitragen, dass Lehrpersonen merken, dass auch konservative Ansichten fortschrittlich sein können.

Nun soll die bestehende Schulpflege mit der neuen Gemeindeordnung abgeschafft werden. Warum ist das keine gute Idee?
Ich bedaure es sehr, dass mit der neuen Gemeindeordnung die Schulpflegen abgeschafft werden sollen. Wir haben eine Volksschule und diese sollte in den Quartieren verwurzelt sowie von der dortigen Bevölkerung getragen werden. Es kann ja nicht sein, dass Verwaltungsangestellte und Schulleitungen, welche meistens nicht im betroffenen Stadtkreis wohnen und somit mit den lokalen Gegebenheiten nicht vertraut sind, über die Geschicke der verschiedenen Schulhäuser und Kinder entscheiden. Die Volksschule sollte – wie der Namen bereits sagt – im Volk stattfinden und von diesem getragen werden.

Steckbrief

Verheiratet mit Aldo, Mutter von zwei Mädchen im Alter von 4 und 6 Jahren, Freude an der Pflege von Haus und Garten, lange Spaziergänge mit Aiko, dem grossen Schweizer Sennenhund, Skifahren, beruflich tätig in der Erbschaftsabteilung einer Zürcher Bank.

Einladung zur Diskussion

26. August, 19 bis 20.30 Uhr
Landgasthof Breite, Winkel

Perspektiven in der Europapolitik

Aktuelles aus dem Bundeshaus mit SVP-Nationalrat

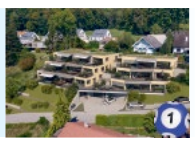
Roger Köppel

Leitung
Saskia Meyer, Gemeinderätin

Anschliessend Apéro
SVP Bezirk Bülach

Sichere Zukunft in Freiheit
SVP
Die Partei des Mittelstandes

Ihr Immobilientraum?


3 ½ oder 4 ½ Zi. Terrassenwohnungen
8955 Oetwil a.d.L., L. Garcia Navarro Tel. 044 316 13 42
Preis CHF 1'651'000.-, Bezug ab Winter 2022/23
www.erlenkönig.ch

3 Zimmer Mietwohnung
8708 Männedorf, Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
Miete ab 2'750.- p/Mt., NK 190.-, Bezug nach Verein.
www.loft-neugut.ch

5 ½ und 6 ½ Zi. Doppel-Einfamilienhäuser
8457 Humlikon, Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.immobilientraum.info

4 ½ - 5 ½ Zi. Mietwohnungen
8332 Rumlikon, L. Garcia Navarro Tel. 044 316 13 42
Mietpreis auf Anfrage, Bezug ab Winter 2021/22
www.grueens-doerfli.ch

5 ½ Zi. Doppel-Einfamilienhaus
8332 Rumlikon, L. Garcia Navarro Tel. 044 316 13 42
Preis CHF 1'299'000.-, Bezug ab Winter 2021/22
www.grueens-doerfli.ch
Sorry, es sind leider alle Einheiten reserviert !

6 ½ Zi. Doppel-Einfamilienhäuser
8904 Aesch, Ramona Schiesser Tel. 044 316 13 21
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.immobilientraum.info

3 ½ und 4 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8136 Thalwil-Gattikon, Ramona Schiesser Tel. 044 316 13 21
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.immobilientraum.info

3 ½ und 4 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8370 Sirnach, Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.immobilientraum.info

3 ½ - 5 ½ Zi. Wohnungen, 4 ½ - 6 ½ Zi. DEFH
8127 Aesch-Maur, Ramona Schiesser Tel. 044 316 13 21
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
wwww.chridlerpark.ch

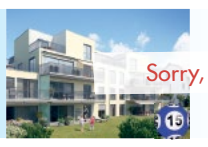
3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8910 Affoltern a. A., L. Garcia Navarro Tel. 044 316 13 42
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.immobilientraum.info

3 ½ Zi. Gartenwohnung
8615 Wermatswil, Ramona Schiesser Tel. 044 316 13 21
Preis CHF 1'404'000.-, Bezug Frühling 2022
www.leuberg.ch

2 ½ - 4 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8610 Uster, L. Garcia Navarro Tel. 044 316 13 42
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.immobilientraum.info

3 ½ und 4 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8309 Birchwil, L. Garcia Navarro Tel. 044 316 13 42
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.soley-birchwil.ch

3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8152 Glattbrugg, Ramona Schiesser Tel. 044 316 13 21
Preis ab CHF 1'341'000.-, Bezug ab Herbst 2022
www.glattwies.ch


5 ½ Zi. Eigentumswohnung
8118 Pfaffhausen, Paul Späni Tel. 052 338 07 09
Preis CHF 1'953'000.-, Bezug ab Frühling 2021
www.luckenholz.ch
Sorry, es sind leider alle Wohnungen reserviert !

3 ½ und 4 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8308 Illnau, Paul Späni Tel. 052 338 07 09
Preis ab CHF 1'136'000.-, Bezug auf Anfrage
www.vistacasa.ch

3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8152 Glattbrugg, L. Garcia Navarro 044 316 13 42
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.immobilientraum.info

3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8545 Rickenbach/ZH, Paul Späni Tel. 052 338 07 09
Preis ab CHF 668'000.-, Bezug auf Anfrage
www.schmiedgass.ch

3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8404 Stadel/Winterthur, Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.immobilientraum.info
«Denkmalpflege Winterthur verhindert eine zonenkonforme Überbauung»

4 ½ Zi. Terrassenwohnung
8103 Unterengstringen, L. Garcia Navarro Tel. 044 316 13 42
Preis CHF 1'675'000.-, Bezug ab Frühling 2021
www.sparrenberg.ch
Sorry, es sind leider alle Wohnungen reserviert !

3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8310 Grafstal, L. Garcia Navarro 044 316 13 42
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.immobilientraum.info

3 ½ u. 4 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8615 Wermatswil, Ramona Schiesser Tel. 044 316 13 21
Preis ab CHF 1'071'000.-, Bezug auf Anfrage
www.solevista.ch

Haben Sie ein Grundstück auf dem Immobilienträume verwirklicht werden können?
Melden Sie sich bei unserem Chef
ulrich.koller@lerchpartner.ch oder per Telefon 052 235 80 00.

Alle Objekte im Überblick:
www.immobilientraum.info

Lerch&Partner
GENERALUNTERNEHMUNG AG
LerchPartner.
YouTube
Zürcherstrasse 124 Postfach 322
8406 Winterthur
Telefon 052 / 235 80 00

Wir nehmen an den folgenden Immobilienmessen teil:
SVIT Immobilien-Messe in Zürich
1. - 3. Oktober 2021, Lake Side Zürich

Stand Juli 2021

Achtung!
Zahle **Höchstpreise** für alle **Autos.**
Komme bei Ihnen vorbei.
Telefon 044 822 26 11

LESERBRIEF

Zum pandemischen Zeitgeist gesellt sich der Klimazeitgeist

Unter den pandemischen Zeitgeist mischt sich seit ein paar Tagen der Klimazeitgeist in hohen Dosen. Eine eigentliche Punktlandung vollbringt der Weltklimarat der UNO (IPCC) mit der Neuauflage des Welt-Zustandsberichtes. Im Norden Europas erlebten wir einen nasskalten Sommer, während der Süden von Hitzewellen heimgesucht wird. Man liest im Untertitel der Tamedia-Zeitungen: «Das Zeitfenster für den Kampf gegen den Klimawandel schliesst sich bald». Medial passt der drohende Bericht ins berühmte Sommerloch. Tatsächlich publizierten die Medien schon am Tag nach der Veröffentlichung des UNO-Reports die dramatischen Warnungen. Ähnliche Vohersagen von möglichen Schäden wurden vom IPCC auch in früheren Jahren verbreitet.

Zu denken gibt das Interview mit der ETH-Professorin und Mitautorin des Berichts Sonja Seneviratne, wenn sie erklärt: «Wer auf technologische Hilfe hofft, ist auf dem falschen Weg.» Heisst das, dass die bereits getroffenen – oft kostspieligen – technologischen Massnahmen für die Vermeidung oder Verringerung von CO_2-Massnahmen für die Katze sind? Oder was bedeutet das für die Weltbevölkerung, wenn sie sagt: «Die Emissionen müssen bereits in zwei Jahren sinken». Und wenn sie nicht sinken? Leider finden sich keine Antworten von der Professorin. Lediglich Hysterie zu verbreiten ist keine Lösung. Gemäss ersten Reaktionen hinterlässt der Bericht bei Politikern im bürgerlichen Lager keinen eigentlichen Weckruf. Alarmstimmung verbreiten hingegen grüne und linke Politiker auf den neuesten IPCC-Bericht. Regula Rytz, die grüne Nationalrätin, möchte die Niederlage ihrer Partei vom 13. Juni 2021 (CO_2-Schlappe) auswetzen und Roger Nordmann, Fraktionschef der SP, ist im Verwaltungsrat oder Vorstand verschiedener AG, Stiftungen und Vereine der Energiebranche. Da ist ihm ein «Ruck durch die Schweiz» (er meint wohl durch seine Interessenbindungen) sicher willkommen. Zumindest in der westlichen Welt gibt es wohl niemanden, der nicht für eine Reduktion des CO_2-Ausstosses ist. Der Klimazeitgeist soll jedoch von jenen bestimmt werden, die – anstelle von Verboten und kostspieligen Regulierungsmonstenr (mit einer Spielwiese für Subventionsjäger) – vor allem in Forschung und Entwicklung neuer Technologien investieren. Das können auch Gaskombikraftwerke oder kleine, modulare Reaktoren sein. Für unser Land ist eine möglichst saubere, bezahlbare Energieversorgung sicherzustellen. Die Bevölkerung erwartet endlich eine entsprechende Strategie aus dem UVEK-Departement von Simonetta Sommaruga.

Karl Meier-Zoller, Effretikon

LESERBRIEF

Eine andere Sicht auf die Corona-Impfung und die allgemeine Gen-Therapie

Die Impffrage spaltet die Gesellschaft, ja sogar die Familien. Vorweg, ich bin kein Impfgegner und ich verurteile auch niemand, der sich impfen lassen will. Was aber in der ganzen Diskussion fehlt, sind auch verschiedene Ansichten. Jeder, welcher eine andere Sicht hat, wird gleich als Verschwörungstheoretiker abgestempelt. Als gläubiger Katholik habe ich vor allem ein Gewissensproblem mit der Impfung. Vielen ist das vielleicht nicht bewusst, dass bei allen aktuellen Corona-Impfstoffen, abgetriebene Föten, entweder in der Entwicklung, der Herstellung oder der Testphase zum Einsatz kamen.

Die Zelllinie HEK293 (Human embryonic kidney) ist eine Zelllinie einer Niere von einem abgetriebenen Fötus vom Jahr 1970. Die Zahl 293 bedeutet, dass es das 293. Experiment war, welches funktionierte. Wie viele Föten für ein Experiment verwendet werden müssen, kann niemand so genau sagen. Aber gehen wir mal davon aus, dass es nur ein Fötus war (sehr unwahrscheinlich), reden wir hier von mindestens 293 getöteten Kindern. Die Abtreibungen wurden per Kaiserschnitt ausgeführt, da die Organe für die Experimente «frisch» sein müssen.

Die Glaubenskongregation der katholischen Kirche hat diesbezüglich zur Corona-Impfung, welche moralisch nicht sauber ist, Folgendes geschrieben; Dort, wo keine «ethisch einwandfreien» Impfstoffe zur Verfügung stünden, sei es «moralisch akzeptabel», diejenigen einzusetzen, zu deren Vorgeschichte abgetriebene Embryonen gehören. Das gelte vor allem angesichts einer «ernsten Gefahr wie der anders nicht aufzuhaltenden Verbreitung eines Krankheitserregers».

Die «Note» aus dem Vatikan appelliert dringend an Forscher und Pharmaunternehmen, «ethisch akzeptable Impfstoffe zu entwickeln, die keine Gewissensprobleme aufwerfen können». Sich impfen zu lassen, sei «keine moralische Verpflichtung» und müsse deswegen «freiwillig» sein.

Wie weit ist die Menschheit doch gekommen, dass man mit Organen von getöteten Kindern Impfstoffe, Medikamente oder Beauty-Produkte herstellt? (Die abgetrieben Kinder befinden sich nicht immer in den Produkten, aber man hat damit experimentiert). Den wenigsten Menschen ist das überhaupt bewusst. Jährlich werden weltweit über 50 Mio. unschuldige Kinder getötet, das interessiert anscheinend niemand, ja man kann damit ja sehr viel Geld verdienen. Zurück zur Corona-Impfung.

Ich als gläubiger Katholik kann so eine Impfung nicht mit meinem Gewissen vereinbaren. Denn die Impfung verhindert weder eine Ansteckung mit dem noch die Weitergabe des Virus. Gemäss heutigem Stand ist die Wahrscheinlichkeit, schwer an Corona zu erkranken, für einen unter 60-Jährigen ohne Vorerkrankung kleiner als ein Autounfall. Nochmals, hier sollte jeder sein Gewissen fragen, was richtig oder falsch ist. Das Problem der heutigen Gesellschaft ist, dass wir oft angelogen werden. Den wenigsten ist es bewusst, wie man an solchen Impfstoffen exterminiert.

Ich wusste nicht, dass auch der Rötel-Impfstoff ethisch nicht einwandfrei ist, sonst hätte ich meine Kinder damit nicht impfen lassen. Der Mensch, die Wissenschaft hat sich zu Gott erhoben. Durch künstliche Befruchtung und Gentherapie kann man sich ein Kind zusammenstellen, wie man sich eine Ausstattung eines Fahrzeuges zusammenstellen kann. Die Wissenschaft geht heute über Leichen, um die Gesundheit des Menschen künstlich in die Höhe zu treiben, um noch mehr Profit herauszuholen.

Der Gesellschaft sollten die Augen geöffnet werden, bevor es zu spät ist.

Claudio Tessari, Wald

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern/Bonstetten
Donnerstag, 2. September 2021, 19.30 Uhr, Podium, Gemeindesaal Bonstetten. Podium «99%-Initiative» mit Nationalrat Alfred Heer (SVP) und Nationalrätin Katharina Prelicz-Huber (Grüne). Podium «Ehe für alle» mit Michael Frauchiger (SVP) und Kantonsrat Thomas Lamprecht (EDU).

Bezirk Bülach
Donnerstag, 26. August 2021, 19.00–20.30 Uhr, Diskussion zum Thema «Perspektiven in der Europapolitik», Landgasthof Breiti, Seebnerstrasse 21, Winkel, mit Nationalrat Roger Köppel. Anschliessend Apéro.

Donnerstag, 26. August 2021, 20.45 Uhr, Delegiertenversammlung, im Anschluss an Diskussion, Landgasthof Breiti, Seebnerstrasse 21, Winkel.

Bezirk Hinwil/Wald
Sonntag, 12. September 2021, 09.30 Uhr, 27. SVP-Gipfeltreffen, bei Familie Zumbach, Unterbachweg 7, Wald, Beschilderung ab Dorfkern Thema: Selbstbestimmte Schweiz Referate ab 10.30 Uhr, mit Bundesrat Ueli Maurer, Ständerat Jakob Stark, Nationalrat Mike Egger. Festwirtschaft, musikalische Umrahmung.

Bezirk Meilen/Küsnacht
Donnerstag, 9. September 2021, 19.00 Uhr, Neumitgliederanlass, Gasthof Ochsen, Dorfstrasse 25, Küsnacht, mit Nationalrat Roger Köppel und den Kantonsräten Nina Fehr Düsel und Hans-Peter Amrein. Anschliessend Apéro.

Bezirk Meilen/Meilen
Donnerstag, 7. Oktober 2021, 19.30 Uhr, Sessionsrapport & Bericht aus dem Kantonsrat, Gasthof zum Löwen, Seestrasse 595, Meilen, mit Nationalrat Roger Köppel und Kantonsrat Hans-Peter Amrein.

Bezirk Meilen/Zollikon
Montag, 6. September 2021, 19.00 Uhr, Höck, Sonnengarten, Sonnengartenstrasse 45, Zollikerberg, mit Nationalrat Gregor Rutz.

Montag, 8. November 2021, 19.00 Uhr, Höck, Lokalität noch offen, Zollikon, mit Nationalrat Gregor Rutz.

Bezirk Meilen/Zumikon
Samstag, 28. August 2021, 11.00 Uhr, Grillplausch, (nur bei gutem Wetter) «Strubenwies», Feuerstelle oberhalb des Golfplatzes, Weid 9, Zumikon, mit Nationalrat Gregor Rutz. Anmeldung bis 23. August an gerard.olivary@bluewin.ch.

Bezirk Pfäffikon/Russikon
Freitag, 10. September 2021, 18.30 Uhr, Herbst-Party mit Nationalrat Thomas Matter, Landgasthof Krone, Kronenweg 2, Russikon. Anmeldung unter www.mysvp.ch/anmeldung oder 079 458 05 19.

Bezirk Winterthur/Hettlingen
Freitag, 17. September 2021, 19.00 Uhr, Schieber-Jass mit zugelostem Partner, Mehrzweckhalle Hettlingen. Einsatz: Fr. 20.–. Anmeldung an eliane.curiger@gmx.ch.

Stadt Winterthur
Donnerstag, 2. September 2021, 20.00 Uhr, Parteiversammlung, Lokalität noch offen, Winterthur.

Mittwoch, 3. November 2021, 20.00 Uhr, Parteiversammlung, Lokalität noch offen, Winterthur.

Sonntag, 7. November 2021, 10.00 Uhr, Spaghetti-Plausch, Lokalität noch offen, Winterthur.

Stadt Winterthur/Wülflingen
Freitag, 10. Dezember 2021, 08.30 Uhr, Chlausabend, Lokalität noch offen, Winterthur-Wülflingen.

Stadt Zürich/Kreis 1 und 2
Donnerstag, 13. Januar 2022, 08.30 Uhr, Wahlkampfveranstaltung, Lokalität noch offen, Zürich, mit Stadtratskandidat Roland Scheck.

Stadt Zürich/Kreis 6
Samstag, 11. September 2021, 10.00 Uhr, Standaktion, Schaffhauserplatz, Zürich.

Samstag, 18. September 2021, 10.00 Uhr, Standaktion, Schaffhauserplatz, Zürich.

Samstag, 23. Oktober 2021, 10.00 Uhr, Standaktion, Schaffhauserplatz, Zürich.

Samstag, 30. Oktober 2021, 10.00 Uhr, Standaktion, Rigiplatz, Zürich.

Samstag, 6. November 2021, 10.00 Uhr, Standaktion, Schaffhauserplatz, Zürich.

Samstag, 13. November 2021, 10.00 Uhr, Standaktion, Schaffhauserplatz, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 7 und 8
Samstag, 21. August 2021, 10.00 Uhr, Standaktion, Klusplatz, Zürich.

Samstag, 28. August 2021, 10.00 Uhr, Standaktion, Höschgasse, Zürich-Seefeld.

Samstag, 4. September 2021, 10.00 Uhr, Standaktion, Kreuzplatz, Zürich.

Samstag, 11. September 2021, 10.00 Uhr, Standaktion, Kirche Fluntern, Zürich.

Samstag, 18. September 2021, 10.00 Uhr, Standaktion, Kreuzplatz, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 9
Samstag, 4. September 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, Lindenplatz, Zürich-Altstetten.

Samstag, 11. September 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, Lindenplatz, Zürich-Altstetten.

Samstag, 18. September 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, Lindenplatz, Zürich-Altstetten.

Samstag, 6. November 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, Lindenplatz, Zürich-Altstetten.

Samstag, 13. November 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, Lindenplatz, Zürich-Altstetten.

Samstag, 20. November 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, Lindenplatz, Zürich-Altstetten.

Stadt Zürich/Kreis 11
Samstag, 21. August 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 4. September 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, Zehntenhausplatz, Zürich-Affoltern.

Samstag, 11. September 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, Kirche Maria Lourdes, Zürich-Seebach.

Sonntag, 12. September 2021, 11.00 – 14.00 Uhr, Wahlauftakt und Grillanlass, Bauernhof Albert Schumacher, Katzenseestrasse 8, Zürich-Affoltern, mit den Stadtratskandidaten Roland Scheck und Stephan Iten.

Samstag, 30. Oktober 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 6. November 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, Zehntenhausplatz, Zürich-Affoltern.

Samstag, 13. November 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 20. November 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, Kirche Maria Lourdes, Zürich-Seebach.

Freitag, 26. November 2021, 18.00 Uhr, SVP-Polit-Apéro mit Kantonsrat und Fraktionspräsident Martin Hübscher, Hotel/Restaurant Landhus, Katzenbachstrasse 10, Zürich. Thema. Die Auswirkungen im Kanton Zürich, wenn Rot-Grün dominiert.

Stadt Zürich/Kreis 12
Samstag, 4. September 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, Schwamendingerplatz, Zürich.

Samstag, 11. September 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, Schwamendingerplatz, Zürich.

Samstag, 18. September 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, Schwamendingerplatz, Zürich.

Samstag, 6. November 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, Schwamendingerplatz, Zürich.

Samstag, 13. November 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, Schwamendingerplatz, Zürich.

Samstag, 20. November 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, Schwamendingerplatz, Zürich.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Freitag, 20. August 2021, 20.00 Uhr, Massentierhaltungsinitiative und Gegenvorschlag, AP22+ durch das Hintertürchen/Schleppschlauchobligatorium. Im Landgasthof Sonne, Haus der Freiheit, Ebnat-Kappel, Begrüssung durch Toni Brunner, mit Ständerat Werner Salzmann, Nationalrat Mike Egger, Nationalrätin Esther Friedli, Grosstierarzt Christoph Werner.

Samstag, 28. August 2021, 10.00–16.30 Uhr, Tagung der SVP-Akademie, im «Haus der Freiheit» in Wintersberg, Ebnat-Kappel SG, mit Nationalrat Thomas Matter und alt Nationalrat Toni Brunner.
Weitere Informationen und Anmeldung unter www.schweizerzeit.ch/akademie.

Freitag, 3. September 2021, bis Sonntag, 05. September 2021, 20.00 Uhr, SVP-Schiessen 2021, Weiningen (Vorschiessen am Freitag, 27. August 2021). Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svp-bezirk-dietikon.ch/svp-schiessen-2021.

Samstag, 2. Oktober 2021, 09.00–12.30 Uhr, Tagung für KMU: Politik und Wirtschaft im Dialog, Optimo Group, Im Link 62, Winterthur, u.a. mit Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher und Kantonsrat und Parteipräsident Benjamin Fischer. Anschliessend Apéro Riche. Anmeldung bis 17. September an sekretariat@svp-zuerich.ch.

Samstag, 27. November 2021, 08.30 Uhr, Tagung der SVP-Spezialkommission Justiz, Polizei und Militär, Restaurant Rössli, Kempttalstrasse 52, Illnau. Weitere Informationen folgen.

IMPRESSUM

Zürcher Bauer ISSN 1660-6701 ISSN 2296-3480 **Der Zürcher Bote**

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich Fr. 73.– + 2,5 % MwSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/Zürcherbauer/inserate.aspx. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32, bauernverband@zbv.ch.

Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Martin Suter, Telefon 044 217 77 66. **Insertionspreise:** www.svp-zuerich.ch/zurcher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Erscheint jeden Freitag. **Inseratenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Robin Ingold, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, inserate@svp-zuerich.ch. **Inseratenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Layout:** cube media AG, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, CH-5001 Aarau.

Landgasthof Sonne – Haus der Freiheit

SVP-Akademie
im «Haus der Freiheit»

Arbeitstagung

Tagung der SVP-Akademie, Leitung: Nationalrat Thomas Matter
Für aktive und sich für Parlamentstätigkeit vorbereitende SVP-Mitglieder

Luxus-Sozialisten in den Städten diktieren der Landbevölkerung das Leben

Samstag, 28. August 2021, 10.00 Uhr bis ca. 16.30 Uhr
Im «Haus der Freiheit» in Wintersberg, Ebnat-Kappel SG

10.00 Uhr	**Begrüssung/Einstieg** (Toni Brunner)
10.15 Uhr	**Input-Referat** Referent: Thomas Matter, Nationalrat
11.00 Uhr	**Fragen, Diskussion**
11.30 Uhr	Bildung von vier Arbeitsgruppen/Auftragserteilung
12.00 Uhr	**Mittagessen** Suppe oder Salat, St. Galler Schüblig und Kartoffelsalat (Fr. 25.-)
13.30 Uhr	**Gruppenarbeit**
14.30 Uhr	**Vorstellung der Resultate, Diskussion**
15.30 Uhr	**Schlussfolgerungen** (Thomas Matter)
16.00 Uhr	**Schlusswort** (Toni Brunner)

Kosten: Die Tagungsteilnahme ist kostenlos. Mittagessen und Konsumation auf Kosten der Teilnehmer.

Die Organisation der SVP-Akademie erfolgt im Auftrag der SVP Schweiz durch das Haus der Freiheit und die Schweizerzeit.

Anmeldung erforderlich. Teilnehmerzahl beschränkt.

Melden Sie sich online an: **www.schweizerzeit.ch/akademie**

✂

Anmeldung Arbeitstagung «Stadt-Land»
vom **28. August 2021** im «Haus der Freiheit»

Name: ..... Vorname: .....
SVP-Sektion: ..... Funktion: .....
Strasse/Nr.: ..... PLZ/Ort: .....
Mobile: ..... E-Mail: .....

Bitte einsenden an: Schweizerzeit, Postfach 54, 8416 Flaach, info@schweizerzeit.ch